

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
1. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/8971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 22. März 1988

Blatt 516

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Die Wiener Rettung im Februar (517)
- Ehrendenken des Landes Wien (520)
- Hearing über die Novelle zum Baumschutzgesetz (521)
- Auskunftspflichtgesetz für bürgernahe Verwaltung (522)
- 192 öffentliche Uhren werden umgestellt (523)
- Wiener Stadtwerke: 1987 höherer Strom- und Gasverbrauch (524/525)
- Häupl: Bund und Wien müssen gemeinsam Umweltprobleme lösen! (526)
- Sallaberger: Planung muß auch vermeintliche Utopien prüfen (527)
- Geringere Geschwindigkeit in der Nacht vermindert den Lärm (528)
- Hochwassereinsatz in Wien (nur FS)

Bezirke:

- Neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für die Siedlung „Hinterhainbach“ (518)
- Bausperre am Königlberg (518)

Kultur:

- Kindertheaterfestival bei den Festwochen (519)
- Diskussionsabend „Die dritte Generation“ im Historischen Museum (nur FS)
- Bruno Kreisky bei „Literatur im März“ (nur FS)

Die Wiener Rettung im Februar

6.485 Einsätze der Rettungsgemeinschaft

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) 6.485 Einsätze hatte die Wiener Rettungsgemeinschaft, das sind der Rettungsdienst, die Krankenbeförderung im Rettungsdienst, das Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariterbund und die Johanniter-Unfallhilfe, im Monat Februar zu leisten. Die Rettungsfahrzeuge legten dabei 43.550 Kilometer zurück. Von den 6.398 Patienten, zu denen Ärzte und Sanitäter der Rettungsgemeinschaft gerufen wurden, wurden 4.789 in Spitäler gebracht.

Die Rettungsgemeinschaft intervenierte im vergangenen Monat bei 4.029 akut Erkrankten; bei 182 von ihnen wurde ein Herzinfarkt diagnostiziert, in 538 Fällen sonstige Herzerkrankungen. Außerdem wurden 2.126 verletzte Personen betreut, davon 428 nach Verkehrsunfällen, 303 nach Betriebsunfällen und 56 nach Sportunfällen. 110 Personen waren schwer, 2.016 Personen unbestimmten Grades verletzt. Bei 40 Geburten wurde ärztliche Hilfe geleistet. In 19 Fällen lagen Verbrennungen vor, in 168 Fällen Vergiftungen und in 51 Fällen Psychosen.

Der Rettungsdienst intervenierte bei 133 Rauschgift- und Drogenkranken, 459 Patienten standen unter Alkoholeinfluß, 40 Personen hatten Selbstmordversuche unternommen. 242 Personen konnte nicht mehr geholfen werden. Die Todesursache war in 59 Fällen Herzinfarkt, in 11 Fällen Selbstmord.

Der Krankenbeförderungsdienst hatte im Februar 5.345 Ausfahrten und beförderte 5.302 Personen. Die 18 Einsatzwagen legten dabei insgesamt 74.050 Kilometer zurück. (Schluß) sc/bs

Neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für die Siedlung „Hinterhainbach“

Wien, 22.3. (RK-BEZIRKE) Für den Bereich der „Siedlung Hinterhainbach“ im 14. Bezirk wurde der Entwurf eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes ausgearbeitet.

Die Sicherung des Landschaftsbildes und die Erhaltung des stark durchgrüntes Wohngebietes unter Berücksichtigung der bestehenden Hausgrößen und der topografischen Verhältnisse stehen dabei im Vordergrund. So wird durch die Neufestlegung u.a. für den Großteil des Plangebiets nur mehr die Errichtung von Kleinhäusern gestattet, die Gebäudehöhe soll mit 6,5 Metern beschränkt werden.

Der Entwurf liegt vom 24. März bis 21. April während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/rr

Bausperre am Küniglberg

Wien, 22.3. (RK-BEZIRKE) Für einen Teil des Küniglbergs, dem Gebiet zwischen der Lainzer Straße, Würzburggasse, Lainzer Friedhof, Elisabethallee, Klimtgasse und Fasangartengasse, soll eine zeitlich begrenzte Bausperre verhängt werden.

Die Bausperre soll verhindern, daß die Planungsarbeiten für den neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan durch Bauführungen in Frage gestellt werden. Die geltenden Bebauungsbestimmungen sollen überarbeitet und auf das Ortsbild abgestimmt werden. Weiters ist u.a. vorgesehen, die bebaubaren Flächen zu beschränken und die öffentlichen Verkehrsflächen auf ihre Erfordernisse zu überprüfen sowie Vorsorge für die Erhaltung öffentlicher und privater Grünflächen zu treffen.

Der Entwurf liegt vom 24. März bis 21. April während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/gg

Kindertheaterfestival bei den Festwochen

Wien, 22.3. (RK-KULTUR) Nach dem großen Erfolg im Vorjahr findet im Rahmen der Wiener Festwochen heuer zum zweiten Mal ein Internationales Kindertheaterfestival statt. Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK und CA-Generaldirektor Dr. Guido SCHMIDT-CHIARI stellten am Montag nachmittag in einem Pressegespräch das Programm des Festivals vor, das von der Creditanstalt mit 800.000 Schilling unterstützt wird.

Das Festival findet vom 9. bis 20. Mai im Künstlerhaustheater statt. Insgesamt 13 Gruppen aus zehn Ländern bringen zeitgemäßes Kindertheater mit Professionalität, Qualität und Mut, Kindertheater zu Themen, die Kindern sonst oft vorenthalten werden. Spaß, Freude und Spannung kommen dabei natürlich auch nicht zu kurz.

Aus dem deutschsprachigen Raum werden die „Schauburg-Theater der Jugend“, München, mit einem Umweltthema, der „Geschichte vom Baum“, das Theater „Zinnober“ aus Berlin/DDR mit den „Bremer Stadtmusikanten“, das „Grips Theater“ aus Berlin mit „Max und Milli“, einer Geschichte um Konflikte in der Familie, das Kindertheater „Schnawwl“ aus Mannheim mit „Darüber spricht man nicht“, einem Spiel vom „Liebhaben und Lusthaben“, und — aus Österreich — die „Spielstatt Junge Bühne“ aus Linz mit „Kiebach und Dutz“, einer Comic-Geschichte, zu Gast sein. Weiters spielen Gruppen aus den Niederlanden, Italien, Frankreich, Schweden, Belgien, Portugal und den USA beim Kindertheaterfestival. (Schluß) gab/rr

Ehrenzeichen des Landes Wien

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien überreichte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Montag nachmittag an Prof. Dipl.-Ing. Dr. Johannes SCHOBERMAYR und Oberamtsrat Franz TETENKA.

Im Rahmen ihrer Laudatio würdigte Smejkal die Pionierleistungen Schobermayrs auf dem Sektor des behindertengerechten Bauens und die gute Zusammenarbeit mit dem Sozialamt der Stadt Wien, dem er als Konsulent für bauliche Aspekte der Behindertenproblematik zur Verfügung steht.

Oberamtsrat Tetenka wurde aufgrund seiner Verdienste im Bereich der Jugendwohlfahrt — Tetenka war Leiter verschiedener Bezirksjugendämter — ausgezeichnet. (Schluß) jel/bs

Hearing über die Novelle zum Baumschutzgesetz

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL lud Montag, nachmittag, Fachleute und Interessenten zu einem Hearing über den Entwurf einer Novelle zum Wiener Baumschutzgesetz ins Rathaus ein. Nach der Begrüßung durch SR Mag. Johann SCHORSCH, Leiter der MA 22 — Umweltschutz, sprach Stadtrat Dr. Häupl über die Grundidee des Hearings. Das neue Gesetz solle auf einem Grundkonsens beruhen. Deshalb würden auch die Betroffenen in den „Gesetzwerdungsprozeß“ eingebunden. Man wolle nicht von vornherein gesetzmäßige Entscheidungen treffen, ohne die Mitsprache der Bevölkerung zu gewährleisten. Das Hearing beispielsweise böte die Möglichkeit zur breiten Diskussion. Anschließend referierte OMR Dr. Herbert PELIKAN von der MA 22 über die wichtigsten Punkte der geplanten Novelle, z. B. Fragen des Schutzes von Obstbäumen, von Baumentfernungen wegen Bauvorhaben und Nachpflanzungen.

Erwin MIGGL, Präsident des Siedlerverbandes, stellte fest, daß sich die Siedler immer für den Schutz der Bäume ausgesprochen hätten. Aber durch die Maschinerie eines Gesetzes sollte die Neupflanzung von Bäumen nicht verhindert werden.

Hannes MINICH, Präsident der Landesgruppe Wien des Österreichischen Naturschutzbundes, forderte eine neue Regelung für die Widmung „Kleingartengebiet“, da Kleingartensiedlungen oft über einen wertvollen Baumbestand verfügen. Außerdem sprach er sich für die Schaffung von Baumschutzfonds in den Bezirken aus. Weiters regte er eine stärkere Einbindung der Bezirksvertretungen bei der Vollziehung des Baumschutzgesetzes an.

Anschließend ergriffen noch diverse Siedlervertreter und private Interessenten das Wort.

Die zahlreichen Anregungen, die im Rahmen des Hearings vorgebracht wurden, werden bei der endgültigen Fassung der Novelle zum Wiener Baumschutzgesetz ihren Niederschlag finden. (Schluß) du/gg

Auskunftspflichtgesetz für bürgernahe Verwaltung

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Günther SALLABERGER legte Dienstag der Wiener Landesregierung den Entwurf eines Gesetzes über die Auskunftspflicht (Wiener Auskunftspflichtgesetz) vor.

Bereits im Vorjahr hatte der Nationalrat ein Auskunftspflichtgesetz verabschiedet, das alle mit Aufgaben der Bundes-, Landes- und Gemeindeverwaltung betrauten Organe sowie die Körperschaften des öffentlichen Rechtes verpflichtet, über Angelegenheiten ihres Wirkungsbereiches Auskünfte zu erteilen. Binnen sechs Monaten haben die Länder nunmehr Ausführungsgesetze dazu folgen zu lassen. Jeder Bürger kann mündlich, telefonisch, telegrafisch, schriftlich oder fernschriftlich Auskunft begehren. Die Auskunft ist nach Möglichkeit mündlich oder telefonisch zu erteilen, ohne daß dem Auskunftswerber Kosten entstehen. Stadtrat Sallaberger bezeichnete den Gesetzesentwurf als einen weiteren Versuch, die Verwaltung noch bürgernäher zu gestalten. (Schluß) lf/bs

192 öffentliche Uhren werden umgestellt

Sommerzeit beginnt am 27. März

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Am Sonntag, dem 27. März, beginnt in Österreich wie auch in den meisten anderen europäischen Ländern wieder die Sommerzeit. Für die Stadt Wien bedeutet dies, daß die 192 öffentlichen Uhren (78 Lichtmastuhren, 76 Kirchenguhren, sieben Springzifferuhren und 31 Uhren auf Amtshäusern, Schulen und anderen Objekten), die von der Magistratsabteilung 33 („Öffentliche Beleuchtung“) verwaltet werden, umgestellt werden müssen. Dies gab Dienstag Stadtrat Johann HATZL bekannt.

Die Steuerung dieser Uhren erfolgt — bedingt durch die technische Entwicklung — auf verschiedene Weise. Das älteste Steuerungssystem, die Pendeluhr, gibt es nur mehr bei einer Anlage, der öffentlichen Uhr der Schule Afritschgasse 56 im 22. Bezirk. Der Großteil der Lichtmastuhren hat Funkempfänger eingebaut, die jede Minute einen Funkimpuls des Uhrensenders der Magistratsabteilung 33 empfangen und dann die Zeiger um eine Minute weiterbewegen. 103 Uhren sind mit kleinen Langwellenempfängern ausgerüstet. Sie empfangen den Zeitzeichensender der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig und erhalten von dort ihre Minutenimpulse. Weitere 15 Uhren schließlich werden von einem Mikroprozessor gesteuert, der ebenfalls vom Sender Braunschweig synchronisiert wird.

Bedingt durch diese verschiedenen Steuerungssysteme gestaltet sich auch der Vorgang der Umstellung auf Sommerzeit recht unterschiedlich. Die Pendeluhr wird selbstverständlich von Hand aus vorgestellt. Von den Uhren mit Langwellenempfängern stellen sich 82 vollautomatisch um. Der Zeitzeichensender sendet ab Sonntag, dem 27. März, 2 Uhr eine besondere Sommerzeitinformation verschlüsselt aus. Die Empfänger decodieren diese Information, prüfen mehrmals und geben schließlich 60 zusätzliche Minutenimpulse aus. Je nach der momentanen Empfangsqualität kann es bis zu drei Stunden dauern, ehe dieser Vorgang ausgelöst wird. Die übrigen Langwellenempfänger, die älteren Datums sind und die Sommerzeitinformation nicht auswerten können, müssen in der Woche vom 21. bis 25. März einzeln aufgesucht und von Hand aus auf die Umstellung vorbereitet werden.

Jene Uhren, die an das Funknetz der Magistratsabteilung 33 angeschlossen sind, erhalten am Sonntag zwischen 4.50 und 5 Uhr die erforderlichen 60 Stellimpulse. Dies geschieht in der Funkzentrale der Magistratsabteilung 33 durch einen Eingriff in den sonst vollautomatischen Sendeablauf. Anschließend müssen dann sämtliche Uhren aufgesucht und kontrolliert werden, da es durch verschiedene Störeinflüsse möglich ist, daß einzelne Uhren nicht richtig umstellen. Diese Kontrolle erfolgt durch drei Zweimannteams, die die Standorte anfahren und über Funk die Störungsmeldungen der Zentrale durchgeben. Um 8 Uhr beginnen dann die Monteure des Störungsdienstes ihre Arbeit. Sie erhalten die eingelaufenen Fehlermeldungen und sorgen dafür, daß so rasch wie möglich alle Abweichungen korrigiert werden.

Einschließlich der Vorbereitungsarbeiten kostet die Zeitumstellung rund 180.000 Schilling pro Jahr. Die Sommerzeit endet heuer am Sonntag, dem 25. September, um 3 Uhr. (Schluß) roh/gg

Wiener Stadtwerke: 1987 höherer Strom- und Gasverbrauch

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Im Pressegespräch des Bürgermeisters gab Energiestadtrat Johann HATZL einen Überblick über den Quartalsbericht der Wiener Stadtwerke. Er stellte fest, daß der Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1987 mit seinen endgültigen Zahlen voraussichtlich erst in zwei Monaten vorliegen wird. Es läßt sich jedoch bereits jetzt erkennen, daß es sowohl bei der Stromabgabe als auch bei der Gasabgabe starke Zuwachsraten gegeben hat. Dies ist allerdings auf die tieferen Temperaturen im ersten Halbjahr 1987 zurückzuführen.

Auch über die Wiener Verkehrsbetriebe könne Erfreuliches berichtet werden. Im Jahr 1987 gab es mit über 600 Millionen Beförderungsfällen mehr Fahrten und Fahrgäste als im Jahr davor.

E-Werke

Der voraussichtliche Strombedarf des Jahres 1987 betrug 7.444.000 Megawattstunden, das sind um 353.500 Megawattstunden oder fünf Prozent mehr als im Vorjahr.

Dieser hohe Zuwachs zeichnete sich bereits in den ersten drei Quartalen 1987 ab und zwar größtenteils witterungsbedingt. So wurden die höchsten Zuwachsraten (Jänner plus 10,1 Prozent, März plus 10,3 Prozent, Mai plus 14,7 Prozent) in jenen Monaten erzielt, in denen die Temperaturen wesentlich tiefer als 1986 und auch bedeutend unter dem langjährigen Durchschnitt lagen.

Am 31. Dezember 1987 waren 1.331.811 und am 31. Dezember 1986 insgesamt 1.327.978 (1.328.154 als vorläufige Zahl im vierten Vierteljahresbericht 1986) Stromzähler montiert. Die Zunahme beträgt 3.833 Stück.

Gaswerke

Die Erdgasabgabe an Tarifabnehmer lag um 6,1 Prozent über der Vorjahresmenge (725.649.700 Kubikmeter) und um 1,5 Prozent über der Planmenge. Diese Entwicklung ist fast ausschließlich auf den bereits bei den E-Werken dargestellten Witterungsverlauf zurückzuführen.

Am 31. Dezember 1987 waren 745.050 und am 31. Dezember 1986 insgesamt 745.324 Gaszähler montiert. Die Abnahme beträgt 274 Stück.

Verkehrsbetriebe

Die Beförderungsfrequenz im Verbundtarif vom Jänner bis Dezember 1987 verglichen mit jener des Vorjahres (601.914.000) ergab eine Zunahme von rund 5,6 Millionen Beförderungsfällen oder 0,9 Prozent, die Beförderungserlöse im Verbundtarif eine Zunahme von rund 16,8 Millionen Schilling oder 0,6 Prozent.

Der Gesamtstand an Schienenfahrzeugen betrug am Jahresende bei Straßenbahn, Stadtbahn und U-Bahn 1.343 Einheiten. Der Gesamtstand an Autobussen am Ende des vierten Quartals betrug 477.

Darin sind enthalten:
mit Flüssiggasmischbetrieb 167 Busse
mit Flüssiggasbetrieb 286 Busse

Bestattung

Die Zahl der vom Unternehmen durchgeführten Erdbestattungen war mit 15.426 Fällen um 323 (2,1 Prozent) niedriger als jene des Vergleichszeitraumes 1986. Die Zahl der Feuerbestattungen war mit 3.400 Fällen (1986: 3.561) ebenfalls niedriger, und zwar um 4,5 Prozent.

Die Sargerzeugung war mit 39.449 Särgen um 5,7 Prozent niedriger als jene des Vergleichszeitraumes 1986.

Energieberatung

Die Tätigkeit der Energieberatung erstreckte sich im Jahr 1987 auf rund 10.500 Kunden der Wiener Stadtwerke und der Heizbetriebe Wien Ges.m.b.H. Dies stellt eine Frequenzsteigerung gegenüber dem Vorjahr um mehr als die Hälfte dar. Seit Eröffnung der Energieberatung im Juli 1985 haben damit mehr als 20.000 Kunden diese Dienstleistung in Anspruch genommen.

Der Personalstand der Wiener Stadtwerke betrug am 31. Dezember 1987 15.561 im Vergleich zu 1986 15.444, der Lehrlinge 366, im Vergleich zu 379. (Schluß) pz/gg

Forts. von Blatt 524

Häupl: Bund und Wien müssen gemeinsam Umweltprobleme lösen!

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL traf gestern, Montag nachmittag, zu einem ersten Informationsgespräch mit Umweltminister Dr. Marilies FLEMMING zusammen. Die beiden Hauptthemen, die besprochen wurden, waren die Luftreinhaltepolitik und der gemeinsame Kampf gegen den Müll.

Bei der Luftreinhaltepolitik standen als vorrangige Probleme das Smogalarmgesetz und Immissionsschutzvereinbarungen auf dem Programm. Für Stadtrat Dr. Häupl ist die Kooperation auf diesem Gebiet — die Klärung der finanziellen Fragen eingeschlossen — selbstverständlich. Unter dem Gesichtspunkt des gemeinsamen Kampfes gegen die Müllberge besprachen Umweltministerin und Umweltstadtrat ein künftiges Abfallbewirtschaftungsgesetz und Möglichkeiten zur Abfallvermeidung als unbedingte Notwendigkeiten für die Kommunen. Ein wichtiges Thema im Rahmen des Gesprächs war auch ein Batterierecyclinggesetz. Häupl sprach sich für die volle Wiener Unterstützung für ein derartiges Gesetz mit der Möglichkeit zum Pfandsystem aus und befürwortete die Errichtung einer Batterierecyclinganlage. (Schluß) du/rr

Sallaberger: Planung muß auch vermeintliche Utopien prüfen

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Einer der Schwerpunkte eines Pressegespräches, das Montag abend mit Stadtrat Günther SALLABERGER stattfand, waren Überlegungen zu Verkehrslösungen in Wien. Wie der Planungsstadtrat dazu feststellte, sei die Verkehrsplanung wie kaum ein anderer Planungsbereich ständigen Veränderungen unterworfen. Als Beispiel führte er das Problem der Wiener Westeinfahrt an. Während die Gürtelkommission an ihren Empfehlungen gearbeitet hat, ist zu einem für diese Planungen sehr späten Zeitpunkt das Projekt eines Wiener Zentralbahnhofes für den Personenverkehr aufgetaucht. Damit verbunden sei, so Sallaberger, die Idee eingebracht worden, auf der nicht mehr in vollem Umfang benötigten Westbahn-Trasse eine zweite Westeinfahrt für den Individualverkehr zu schaffen. Eine weitere Planungsüberlegung in diesem Zusammenhang stellt der sogenannte „City-Tunnel“ dar, der diese Westeinfahrt unterirdisch bis zur Brigittenauer Brücke führen könnte. „Auch wenn ein solcher Vorschlag utopisch klingen mag, gilt für mich der Grundsatz, auch solche Überlegungen von Experten eingehend auf Sinnhaftigkeit und Verwirklichungsmöglichkeiten überprüfen zu lassen. Phantasie in der Planung darf jedenfalls nicht ohne eingehende Überlegungen vom Tisch gewischt werden“, sagte der Stadtrat. Jedenfalls müsse man eine Lösung für eine zweite Westeinfahrt finden, da das früher vorgesehene Flötzersteigprojekt nicht mehr in Frage komme.

Braucht Wien einen Zentralbahnhof?

Ein Zentralbahnhof stelle eine der Grundvoraussetzungen für internationale Schnellverbindungen dar, die Wien in dieses geplante Eisenbahnnetz miteinbeziehen, betonte Sallaberger. Wien könne dabei auch seine bisherige Randlage verbessern, indem etwa leistungsfähige Verbindungen nach Prag oder in die mögliche Weltausstellungs-Partnerschaftsstadt Budapest geschaffen würden. Im Zusammenhang mit der geplanten Weltausstellung nannte der Stadtrat auch die Idee, die beiden Weltausstellungsgelände per Bahn direkt miteinander zu verbinden.

Weltausstellung als Initialzündung für die weitere Stadtentwicklung

Zur geplanten Weltausstellung sagte Sallaberger, daß eine solche Veranstaltung eine hervorragende Initialzündung für die weitere Stadtentwicklung darstellen könnte, wie etwa das Beispiel München zeigte, das durch die Olympischen Spiele 1972 selbst heute noch auf Überholkurs in der europäischen Städtekonkurrenz liege. Wien könne und dürfe sich eine solche Chance, seiner Ansicht nach, nicht entgehen lassen. Die intensiven Bestrebungen, etwa der Stadt Hannover, um eine Weltausstellung 1998 oder der Stadt Frankfurt um die Olympischen Spiele 2004 zeigten deutlich, daß die Konkurrenz der europäischen Metropolen in diese Richtung ziele. In Wien gelte es derzeit, die Standortfrage auf Grund der vorliegenden Juryempfehlung genau zu untersuchen. Über das Thema der geplanten Weltausstellung sollen sich Experten Gedanken machen, wobei die Zeit drängt, da die offizielle Bewerbung noch in diesem Herbst abgegeben werden muß. (Schluß) lf/bs

Geringere Geschwindigkeit In der Nacht vermindert den Lärm

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK präsentierte am Dienstag in seinem Pressegespräch eine Studie des Verkehrsexperten Professor Dipl.-Ing. Hermann KNOFLACHER, wonach eine Verringerung der Nachtfahrtgeschwindigkeit eindeutig eine Verringerung der Lärmbelastigung bewirken würde. Bürgermeister Zilk kann sich durchaus vorstellen, eine Empfehlung für eine verringerte Richtgeschwindigkeit in der Nacht auszuarbeiten. Es könnte vielleicht möglich sein, darüber später eine Volksbefragung durchzuführen.

Geschwindigkeit ist Hauptquelle des Lärms

Prof. Knoflacher verwies darauf, daß die Geschwindigkeit eine der Hauptursachen des nächtlichen Lärms sei. Eine Verringerung der Fahrtgeschwindigkeit um zehn Kilometer in der Stunde bringe eine Lärmreduzierung um zwei Dezibel; eine Senkung des Lärms um zehn Dezibel werde subjektiv bereits als eine Halbierung der Lärmbelastigung angesehen. Die durchschnittliche Reisegeschwindigkeit in der Stadt belaufe sich auf 24 bis 27 Kilometer in der Stunde. Durch ein „glattes Fahrverhalten“ werde auch auf längeren Strecken kaum Zeit verloren. Mit einer höheren Geschwindigkeit, so der Verkehrsexperte, werde also kaum etwas gewonnen, im Gegenteil, der Verbrauch an Energie steige durch das permanente Wechseln von Gasgeben und Bremsen, dazu komme die Lärmerregung. Die bisher durchgeführten Messungen zeigten, daß durch die Einführung und die Befolgung eines „Tempo 30“ im gesamten Stadtgebiet der Lärmpegel in der Nacht mehr als halbiert werden könnte, und sich damit die Umweltverhältnisse für einen großen Teil der Bevölkerung entscheidend verbessern würden. (Schluß) fk/rr